

V0138/26

Änderungsantrag zu Fahrplanmaßnahmen bei der Linie 60
Zurückstellung und Einbeziehung des Bezirksausschusses
-Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU vom 17.03.2026-

Änderungsantrag:

Der Beschluss über die Vorlage V0128/26 zu Fahrplanmaßnahmen bei der Linie 60 zum 15. September 2026 wird zurückgestellt. Die Geschäftsführung der SBI diskutiert die vorgeschlagenen Maßnahmen mit dem betroffenen Bezirksausschuss.

Stadtrat	26.03.2026	Entscheidung
----------	------------	--------------

Stadtrat vom 26.03.2026

*Die Vorlage der Verwaltung **V0139/26** sowie der Änderungsantrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU **V0138/26** werden gemeinsam diskutiert und behandelt.*

Stadtrat Dr. Meyer führt aus, dass der Antrag der Verwaltung die Linien 50 und 60 betreffe und insbesondere der Westen durch die Linie 60 erneut von Angebotskürzungen betroffen sei. Der Hauptgrund für den Antrag auf Zurückstellung der Entscheidung liege jedoch in formalen Aspekten, da den Bezirksausschüssen laut Geschäftsordnung ein Anhörungsrecht bei Änderungen der ÖPNV-Bedienung zustehe. Da der Bezirksausschuss West regelmäßig tage und zeitnah erneut zusammentrete, hält er eine Vorberatung dort für angezeigt und spricht sich dafür aus, die Beteiligungsrechte der Bezirksausschüsse zu wahren. Eine Beschlussfassung nach Behandlung im Bezirksausschuss werde daher begrüßt.

Herr Dr. Frank erläutert, dass der ÖPNV verpflichtet sei, die städtischen Einsparziele solidarisch mitzutragen, und dass hierzu bereits mehrere Konsolidierungspakete beschlossen worden seien. Ziel sei es, das Netz insgesamt zu straffen und Doppelstrukturen abzubauen, dabei jedoch ein attraktives Grundangebot aufrechtzuerhalten, auch wenn nicht alle direkten Verbindungen und Taktverdichtungen erhalten bleiben könnten. Die bisherigen Maßnahmen hätten keine Fahrgastverluste verursacht. Für das laufende Wirtschaftsjahr seien weitere Einsparungen von rund 700.000 Euro erforderlich, wozu bereits Maßnahmen im Aufsichtsrat beschlossen worden seien. Zur Beteiligung der Bezirksausschüsse führt er aus, dass eine vorherige Einbindung bei allen Einzelmaßnahmen zeitlich kaum leistbar sei, jedoch eine nachträgliche Information und Diskussion im jeweiligen Bezirksausschuss regelmäßig erfolge. Er schlägt vor, den Beschluss dennoch zu fassen, ihn zugleich zu mandatieren, das Linienkonzept zeitnah im Bezirksausschuss West vorzustellen und dessen Rückmeldungen erneut in den Aufsichtsrat einzubringen, um dort eine erneute Bewertung zu ermöglichen.

Stadtrat Köstler erklärt, dass die ÖDP- Stadtratsgruppe Kürzungen im ÖPNV grundsätzlich ablehne, da der öffentliche Nahverkehr langfristig kostengünstiger als der Individualverkehr sei. Die geplanten Angebotsreduzierungen, insbesondere die Ausweitung des Takts von 15 auf 30 Minuten, wertet er als deutliche Verschlechterung. Er bemängelt das Fehlen von Ausgleichskonzepten und regt alternative Angebote wie den Flexbus an, weist jedoch darauf

hin, dass dieses System derzeit wenig verständlich und schwer nutzbar sei. Aus diesen Gründen kündigt er an, dem Vorschlag nicht zuzustimmen.

Stadtrat Stachel betont die Bedeutung einer ernsthaften und frühzeitigen Beteiligung des Bezirksausschusses. Er erklärt, dass diese nicht lediglich nachträglich oder formell erfolgen solle, sondern inhaltlich wirksam sein müsse. Falls aus zeitlichen Gründen eine andere Reihenfolge erforderlich sei, könne dies mitgetragen werden. Er berichtet zudem von Rückmeldungen aus Gerolfing, wonach insbesondere die Linienführung durch den Ortskern als sehr wichtig angesehen werde, während die Bewertung der Taktverdichtung unterschiedlich ausfalle. Entscheidend sei aus seiner Sicht die Sicherstellung der innerörtlichen Erschließung sowie eine vorherige Behandlung im Bezirksausschuss.

Bürgermeisterin Kleine führt aus, dass ein 30-Minuten-Takt im Vergleich zu anderen Stadtteilen grundsätzlich als ausreichend anzusehen sei. Sie räumt ein, dass dies für Gerolfing eine Verschlechterung darstelle, da der Stadtteil bislang überdurchschnittlich gut angebunden gewesen sei. Gleichzeitig stellt sie jedoch infrage, ob eine derart hochwertige Anbindung – vergleichbar mit der Verbindung zwischen Hauptbahnhof und Rathaus – angesichts der angespannten finanziellen Lage der Stadt weiterhin gerechtfertigt sei. Unter Berücksichtigung der Haushaltslage ist sie der Meinung, dass Anpassungen der bisherigen ÖPNV-Anbindung Gerolfings als vertretbar erscheinen.

Oberbürgermeister Dr. Kern begrüßt während der Sitzung den neuen Vorsitzenden des Jugendparlaments, Herrn Arman Vahidi, und heißt ihn herzlich willkommen.

Stadtrat Semle erklärt, dass im Aufsichtsrat der INVG stets sorgfältige und sachgerechte Konsolidierungsbeschlüsse gefasst worden seien und der ÖPNV derzeit unter erheblichem Kostendruck stehe. Er bittet den Stadtrat, die vorgeschlagene Maßnahme mitzutragen, und verweist darauf, dass vergleichbare Änderungen in anderen Stadtteilen bereits in Zusammenarbeit mit den zuständigen Bezirksausschüssen umgesetzt worden seien. Die nachträgliche Berücksichtigung von Argumenten der Bezirksausschüsse habe sich dabei bewährt.

Stadtrat Dr. Böhm führt aus, dass Angebotsverschlechterungen im ÖPNV grundsätzlich abzulehnen seien. Er stellt jedoch fest, dass der betroffene Stadtteil bislang nicht benachteiligt gewesen sei, und spricht sich daher für eine Zustimmung aus.

Stadtrat Achhammer bewertet den von Herrn Dr. Frank vorgeschlagenen Ansatz positiv und sieht eine Nähe zum vorliegenden Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU. Er erinnert daran, dass frühere Überlegungen zur Linienführung erhebliche Nachteile für Gerolfing bedeutet hätten, diese jedoch verworfen worden seien. Der nun vorliegende Vorschlag sei diskussionsfähig. Er spricht sich dafür aus, die Angelegenheit vorab im Bezirksausschuss öffentlich zu beraten und dessen Rückmeldungen in das weitere Verfahren einfließen zu lassen.

Herr Dr. Frank erklärt, dass er der kurzfristigen Einladung in den Bezirksausschuss Gerolfing gerne nachkomme und dem Thema eine hohe Priorität einräume. Er führt aus, dass bereits Anpassungen am ursprünglichen Taktmodell vorgenommen worden seien und der nun vorgeschlagene 30-Minuten-Takt eine Verbesserung darstelle. Dieser biete durch die Ferienfahrpläne einen durchgängigen, leicht merkbaren Takt von Montag bis Samstag und werde in den Hauptverkehrszeiten am Morgen durch zusätzliche Verstärkerfahrten ergänzt, sodass insbesondere für Schülerinnen und Schüler ausreichende Kapazitäten bereitstünden. Die Verstärkerfahrten sollen zeitlich so abgestimmt werden, dass sie ein dem bisherigen 15-Minuten-Takt möglichst vergleichbares Angebot erbringen. Zur Linienführung erläutert er, dass der Ortskern von Gerolfing weiterhin vollständig erschlossen werde und alle Haltestellen mit guter infrastruktureller Qualität bedient würden, um eine gleichwertige Anbindung des gesamten Ortsteils sicherzustellen. Zum Flexverkehr räumt er ein, dass das

bestehende Angebot bislang nicht ausreichend kommuniziert worden sei. Er sagt zu, die Informationsarbeit zu verbessern, unter anderem über städtische Kanäle, Medien und einen nutzerfreundlichen Leitfaden zur einfachen Bestellung des Angebots. Insgesamt betont er, dass sich der Prozess in einer Dialogphase befinde und die Maßnahme auf Basis der Rückmeldungen aus der Praxis weiter überprüft und angepasst werden könne.

Oberbürgermeister Dr. Kern stellt fest, dass nach dem Verständnis der Diskussion die geplanten Änderungen ab dem 15. September 2026 beschlossen werden sollen. Zuvor wird der Bezirksausschuss West auf jeden Fall angehört und geprüft, wie mit den dort eingebrachten Anregungen weiter verfahren wird. Der Beschluss erfolgt mit der Maßgabe der zeitnahen Anhörung des Bezirksausschusses West und der anschließenden Berichterstattung durch Herrn Dr. Frank.

Stadtrat Dr. Meyer erklärt, dass dieses Vorgehen aus seiner Sicht keine inhaltliche Änderung gegenüber der Verwaltungsvorlage darstelle, da die Anhörung des Bezirksausschusses dort bereits vorgesehen sei. Er kritisiert insbesondere, dass zunächst beschlossen und eine mögliche Anpassung erst nachträglich geprüft werden solle. Dieses Vorgehen könne seine Fraktion nicht mittragen; daher kündigt er die Ablehnung der Verwaltungsvorlage an.

Gegen 7 Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt, mit der Maßgabe, dass Herr Dr. Frank schnellstmöglich den Bezirksausschuss West besucht und dessen Meinung eingeholt wird.